

Internationale Reaktionen auf die Ereignisse in Malaysia

Die Massenverhaftungen in Malaysia Ende Oktober Anfang November wurden ungewöhnlich ausführlich von der internationalen Presse verfolgt. Die Art der Berichterstattung schien der malaysischen Regierung nicht sonderlich zu gefallen. Ihr Bildungsminister Anwar Ibrahim warf den internationalen Medien vor, sie würden ein völlig falsches Bild von Malaysia nach den letzten politischen Ereignissen zeichnen. Wenn dies weiterhin zugelassen wird, würde die nationale Wirtschaft bedroht und das System der parlamentarischen Demokratie im Land könnte jederzeit zerstört werden. In dem überwiegenden Teil der Berichterstattungen wurde die angeschlagene Position Mahathirs innerhalb wie außerhalb seiner Partei UMNO als Hauptursache des Vorgehens der Regierung eingeschätzt.

Proteste und Stellungnahmen zu den Verhaftungen und dem Verbot von 3 Zeitungen kamen aus allen Ländern. Amnesty International forderte in einer Stellungnahme bereits am 29.10.87 die Freilassung der Inhaftierten. In den darauf folgenden Tagen erfolgten Erklärungen vom europäischen Menschenrechtskomitee KEHMA-S, Brüssel, der internationalen Förderung für Menschenrechte, Paris, der Umweltschutzorganisation "Friends of the Earth International" und verschiedener regionaler und nationaler Menschenrechtskomitees und Organisationen u.a. in den Niederlanden, Frankreich, Belgien, den USA, Australien, Neuseeland, Thailand, Hongkong und Japan. In Japan drückten auf einer Pressekonferenz im Parlamentsgebäude Vertreter der Sozialistischen Partei zusammen mit anderen Organisationen ihre Beunruhigung über die Ereignisse in Malaysia aus und forderten die Freilassung der Inhaftierten. Am 10.11. fand eine Protestkundgebung von 15 Organisationen statt.

Das Europäische Parlament verabschiedete am 19.11.87 ohne Gegenstimmen eine Resolution, in der die Einleitung eines ordentlichen Gerichtsverfahrens gegen die Inhaftierten oder ihre sofortige Freilassung von der malaysischen Regierung gefordert wird. Außerdem wurden die Außenminister und die Kommission aufgefordert, bei der malaysischen Regierung sich für die Wahrung der Pressefreiheit einzusetzen. Die ASEAN-Delegation des Europäischen Parlaments wurde beauftragt im Rahmen des nächsten Treffens (voraussichtlich im Januar 1988 in Kuala Lumpur) mit der Interparlamentarischen Delegation der ASEAN diese Frage in

der am besten geeigneten Form anzusprechen.

In den USA haben 38 Kongreß-Abgeordnete eine Brief an Mahathir geschrieben, in dem sie ihn drängten, bedingungslos alle freizulassen, die wegen ihrer in friedlicher Weise geäußerten politischen Auffassungen oder Mitgliedschaft in legalen Organisationen inhaftiert wurden. In einem Kommentar des von der US Regierung betriebenen Senders "Voice of America" wurden die Verhaftungen ebenfalls verurteilt.

Aktivitäten in der BRD

In der Bundesrepublik hat das evangelische Hilfswerk "Brot für die Welt" am 5.11.87 Beunruhigung über die Verhaftungen in einem Schreiben an den malaysischen Botschafter zum Ausdruck gebracht, da sich unter den Verhafteten auch Mitglieder von Organisationen befanden, die "Brot für die Welt" unterstützt.

Auf seiner Sitzung am 11.11.87 behandelte der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit (AWZ) des Deutschen Bundestages die Ereignisse in Malaysia und forderte die Fraktionen auf sich "für einen Abbau ungerechter Strukturen und Verfahren" in Malaysia bei der Botschaft Malaysias einzusetzen. Ebenso forderte er die Bundesregierung dazu auf, auf die "im Ausschuß geäußerten Sorgen über die jüngsten Vorgänge in Malaysia" gegenüber der malaysischen Regierung hinzuweisen. Eine AWZ Delegation unter Leitung ihres Vorsitzenden Dr. U. Holz (SPD) besuchte vom 2.-6.7.86 Malaysia. Dabei sprach sie u.a. auch mit dem jetzt inhaftierten Präsidenten von Aliran, Dr. Chandra Muzaffar (vgl. SOAI 4/86 S.44).

Auf ein Schreiben des MdB und Mitglied im AWZ Schanz vom 6.11.87 an den malaysischen Botschafter in Bonn, begründete der Botschafter Dato Abdul Majid Mohamed die Massenverhaftungen, wie seine Regierung, mit befürchteten Rassenunruhen, wozu die Inhaftierten beitragen könnten. Er beklagte die "bizarren Vorwürfe" der Korrespondenten der FAZ, Haubold und der FR, Dauth, die Regierung wolle alle ihre Kritiker und jeglichen politischen Dissens mundtot machen. "Diese Verleumdungen ignorieren unsere anerkannte Vorgeschichte von "fair play" und "demokratischen Umgang," schreibt er. Malaysia sei der parlamentarischen Demokratie verschrieben, die Frieden und Stabilität benötige, um zu funktionieren, und das sei es, was die Regierung er-

halten und sichern möchte. Weiterhin wirft er Dr. Chandra Muzaffar, als einen der Verhafteten vor, er wolle einen "amerikanischen Liberalismus" in Malaysia einführen, in dessen Staatskonzeption "alles einheimische irrelevant sei".

Am 13.11.1987 veranstaltete die "Amnesty International Koordinationsgruppe" für Malaysia nachmittags eine "Mahnwache" vor der Malaysischen Handelsmission in der Kölner Innenstadt.

Am 2.12.87 befaßte sich der Unterausschuß "Menschenrechte und humanitäre Hilfe" des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages mit den Ereignissen. Ihr Vorsitzender Friedrich Vogel (CDU) wurde beauftragt, an den Ministerpräsidenten Malaysias zu schreiben und um nähere Informationen zu bitten. Sollten menschenrechtsverletzende Übergriffe vorliegen, wird der Ausschuß sich bemühen, daß die Verhafteten umgehend freigelassen und weitere Übergriffe unterlassen werden. Sollte das Schreiben unbefriedigend oder gar nicht beantwortet werden, erwägt der Ausschuß, in einer öffentlichen Anhörung die Vorgänge in Malaysia zu behandeln.

Eine Reihe von anderen Organisationen und Einzelpersonen, darunter IMBAS, der BUND, Die Verbaucher Initiative e.V. Bonn, protestierten in Schreiben an die malaysische Regierung gegen die Verhaftungen und forderten die bedingungslose Freilassung der Inhaftierten.

vgl. div. Zeitungsausschnitte der int. Presse, Briefe und Presseerklärungen der entsprechenden Organisationen sowie FEER 26.11.87, S.23; Parlaments-Korrespondenz "heute im bundestag" vom 3.12.87, S.2

Adressen staatlicher Institutionen, Botschaften und Konsulate Malaysias in der BRD

Botschaft Malaysias, Mittelstr. 43, 5300 Bonn, Tel. 0228 / 35 10 56,

Fremdenverkehrsbüro von Malaysia, TDC, Am Salzhaus 6, 6000 Frankfurt 1 Tel. 069 / 28 37 82 od. 28 37 83

Malaysische **Handelsmission**, Bahnhofstr. 1-9, 5000 Köln, Tel. 0221 / 12 40 07 od. 12 40 08

Honorarkonsulate Malaysias
1000 Berlin 30, Genthiner Str. 41, Tel. 030 / 26 14 271
2000 Hamburg 11, Kajen 2, Tel 040 / 37 21 72
8000 München 19, Nymphenburger Str. 134, Tel. 089 / 1 90 21 78

Malaysische, englischsprachige **Tageszeitung** New Straits Times, 31 Jln. Riong, Kuala Lumpur, Tel. 03 - 2 77 51